

Hält die türkis-grüne „Komplementärregierung“?

Kommentar von **Helmut Kramer**

Die Bildung der neuen türkis-grünen Regierung und ihre Vereidigung am 7. Jänner durch den Bundespräsidenten hat bei einer Reihe von wohlmeinenden politischen Zeitgenossen zu sehr optimistischen Aussagen über die Chancen der neuen Regierung eine produktive „Koalition der Gegensätze“ in die Wege zu leiten, geführt. In einer neuen Form von Komplementärregierung“, so das deutsche grüne Urgestein Jürgen Trittin in einem Interview in der „Presse“ – komplementär definiert als „ergänzend, aber nicht gegensätzlich“ – könnten nun Differenzen im Prozess der Entscheidungsfindung offen ausgetragen werden. Dies würde eine Form des gelingenden politischen Miteinander-Regierens ermöglichen, indem „man streitet und trotzdem gestaltet... in der man sich nicht gegenseitig blockiert, sondern unterstützt, auch wenn es den eigenen Überzeugungen entgegengesetzt ist“¹. Grundlage einer solchen kooperativen Form des Miteinander-Regierens sei aber, dass die Diskussion über differierende Argumente und gegensätzliche Meinungen und der Prozess der gemeinsamen Entscheidungsfindung von gegenseitigem Respekt und von grundsätzlicher Wertschätzung geprägt sein müssen.

Bilanziert man die ersten fünf Wochen der neuen Regierung – der vorliegende Kommentar wurde Mitte Februar verfasst – so müssen die Aussichten für ein derartiges gelingendes kooperatives Miteinander-Regieren der sehr ungleichen Partner eher pessimistisch eingeschätzt werden. Kurz und die von ihm ernannten Ministerinnen und Minister präsentieren ihre Standpunkte und Positionen gegenüber dem Koalitionspartner in einer zumeist sehr herablassenden Art und Weise. So sprechen der Kanzler und seine Palladine den Argumenten der Grünen in der Flüchtlings- und Migrationspolitik jegliche politische Berechtigung und Relevanz ab. Sie haben kein Verständnis dafür, dass Werner Kogler und die grünen Regierungsmitglieder die in diesem Bereich von Kurz und anderen türkisen Regierungsmitgliedern vertretenen „Grauslichkeiten“ (Anhaltelager für Flüchtlinge, Ablehnung des Resettlementprogramms der EU für Flüchtlinge kategorisches Nein zum UN-Migrationspakt u.a.m.) nicht völlig unwidersprochen lassen können.

Die „hegemoniale Attitüde“ von Kanzler Kurz und den ÖVP-Regierungsmitgliedern² manifestiert sich nicht nur in den von ihnen kontrollierten Politik- und Ministeriumsgebieten. In recht unverfrorener Art und Weise und ohne sich um die Verletzung des verfassungsmäßigen Prinzips der Gewaltenteilung zu scheren, mischte sich Kanzler Kurz auch in die Kompetenzen der grünen Justizministerin Zadic ein.

Kurz-sichtige EU-Politik

Besonders deutlich wird die fehlende Bereitschaft der ÖVP-SPÖ-Koalitionspartner politisch (über) leben zu lassen im Bereich der EU-Politik. Im Regierungsprogramm heißt es, dass es in der Positionierung Österreichs in der EU einen „aktiven und vorausschauenden Informationsaustausch der Koalitionspartner im Hinblick auf zentrale Entscheidungen auf EU-Ebene“ geben soll (S.180). Aber Kurz und seine Europaministerin Edtstadler denken bislang offenbar in keinsten Weise daran sich vor der Präsentation ihrer europapolitischen Positionen um einen Informationsaustausch mit dem Koalitionspartner zu bemühen. Der Kanzler, der sich in Brüssel und in Berlin als großer Pro-Europäer gibt, vertritt in den meisten wichtigen Fragen, in denen es um das EU-Gemeininteresse und um die Notwendigkeit, nach dem Austritt Großbritanniens umfassende Reformschritte einzuleiten, eine für die Grünen schwer zu akzeptierende durch und durch negative Haltung. Das betrifft auch die Vetodrohung von Kurz in der Streitfrage Erhöhung der österreichischen Beiträge zum EU-Budget. Wie mit einem rigiden EU-Sparbudget, in dem die Beiträge der Mitgliedsstaaten ein Prozent des BNP nicht überschreiten sollen, die im Regierungsprogramm formulierten ambitionierten zukünftigen Zielsetzungen für die EU³ verwirklicht werden können, ist schwer vorstellbar.⁴

² so Heidi Glück, Presssprecherin von Ex-Bundeskanzler Schüssel Standard“-Kommentar mit dem naturkundlichen Titel „Koalieren wie Igel bei der Liebe“, 29.1.20.

³ „Die EU soll sich in den kommenden Jahren verstärkt großen Leuchtturmprojekten widmen und innovative Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit (Migration, Klimaschutz, Digitalisierung, Forschung und Entwicklung, sozialer Zusammenhalt) finden.“ (Regierungsprogramm S.175).

⁴ Offenbar auch für den österreichischen EU-Kommissar Johannes Hahn, der für die EU-Finzen zuständig ist und der vor lauter Begeisterung über das ambitionierte neue Klimaschutz- und

Im Übrigen ist, was Kurz und seine Prätorianergarde einfach nicht sehen (oder zugeben) wollen, Österreich nur in begrenztem Maße ein EU-Nettozahler. Nicht nur für seine Bauern bekommt es aus den Strukturprogrammen der EU beträchtliche Beträge zurück, sondern es ist auch nach Schweden der Staat mit den höchsten EU-Zuwendungen für den Forschungs- und Entwicklungsbereich. Und Österreich profitiert indirekt enorm von den Finanzmitteln, die die EU in den Ausbau der Infrastruktur in Ländern in Ost- und Südosteuropa steckt, da heimische Unternehmen die Straßen und Eisenbahnanlagen errichten und österreichische Firmen, und auch die österreichischen Banken und Versicherungen vom dortigen raschen Wirtschaftswachstum profitieren.

Auf die Kritik von Grünenchef Kogler, dass Österreich mit einer derartig harten Haltung in der Budgetfrage Gefahr laufe, die durch das Ausscheiden Großbritanniens geschwächte EU, finanziell „aushungern zu lassen“, dass er eine Vetodrohung, die Kurz in den Raum gestellt hat, für „uneuropäisch“ halte und dass auch „zu derartigen Drohungen“ keine gemeinsame Absprache vorliege, bekam er von Außenminister Schallenberg, der immer öfter als „Mann fürs Grobe“ agiert, eine kalte Abreibung: „Ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Steuerzahler ist nicht uneuropäisch sondern das Gebot der Stunde“⁵ (Die Presse 9.2.20)

Besonders negativ für das Image von Österreich als konstruktives und an den Gemeinschaftsinteressen der EU orientiertes Mitglied war und ist auch die Nicht-Unterstützung der Wiederaufnahme der EU-Marine-Mission „Sophia“ mit der eine Stabilisierung der militärischen und politischen Situation in Libyen durch die Durchsetzung eines Waffenembargos, einer Kontrolle der illegalen Erdölexporte aus Libyen sowie „die Zerschlagung des Geschäftsmodells der Schleuser und Menschenhändler im südlichen zentralen Mittelmeer“ (Pressemitteilung Europäischer Rat 29.3.19) bewirkt werden soll. Diese Bemühungen der EU, zu einer Rückkehr von Stabilität und Sicherheit in Libyen sowie zur maritimen Sicherheit im zentralen Mittelmeerraum beizutragen, einer Politik, die auch im Sinne der österreichischen Sicherheitsinteressen unterstützt werden sollte, wurden von Kurz und Schallenberg kategorisch abgelehnt. Operation „Sophia“ würde, so Kurz und Schallenberg unisono, obwohl es wie EU-Außenbeauftragter Josep Borell betont, dafür überhaupt keine empirischen Belege gibt, einen gefährlichen „Pull-Faktor“ für eine Zunahme des Schlepperunwesens und der illegalen Fluchtbewegung über das Mittelmeer darstellen. Als sich Anfang Februar der grüne Sozialminister Rudolf Anschöber für eine Wiederaufnahme der EU-Marinemission „Sophia“ auszusprechen wagte, fiel die Antwort von Außenminister Schallenberg, wie der „Kurier“ schrieb, „ziemlich harsch“ aus: Schallenberg zufolge ist „Anschobers Position für die Republik nicht relevant, weil die österreichische Linie in dieser Frage in Brüssel vom Außenminister vertreten wird und nicht in Anschobers Zuständigkeitsbereich fällt.“⁶

In der Zwischenzeit sahen sich Bundeskanzler und Außenminister aber gezwungen ihre sture ablehnende Haltung gegenüber Operation „Sophia“ aufzugeben, da ihre mit einer Vetodrohung verbundene Position nur bei wenigen EU-Staaten wie Ungarn auf Verständnis gestoßen war. Die Außenminister der Mitgliedsstaaten einigten sich bei ihrem Ratstreffen am 17. Februar darauf, eine neue militärische Mission vor die Küste Libens zu entsenden, die auch Kriegsschiffe umfassen wird.

Greifen wir abschließend noch einen Bereich heraus, in dem sich Österreich in der EU und auch in den Vereinten Nationen isoliert, die völlig unkritische Haltung zur Außenpolitik der Trump-Administration. Das im Regierungsprogramm formulierte Ziel eines „Ausbaus der strategischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika“ (S.184) – was eine weitreichende und die österreichische Neutralität gefährdende außenpolitische Strategieänderung zur Folge haben würde – schlug sich bereits in konkreten Unterstützungs- und Huldigungsadressen für die Nahostpolitik von Trump nieder. So äußerte Kurz, der als „junger Führer“ von Trump sehr geschätzt wird und nach seinem Antrittsbesuch im Weißen Haus im Februar 2019 nun Anfang März erneut zu einer Audienz bei Trump eingeladen wurde, Verständnis für das Attentat der USA auf den iranischen General Soleimani, den Kommandant der Al-Quds-Brigaden, der Einheit für Spezialeinsätze der iranischen Revolutionsgarden. Und Österreich zählt zu den wenigen EU-Ländern, die den kürzlich von den USA präsentierten Nahost-„Friedens“plan, der vorsieht, dass Israel in Missachtung der diesbezüglichen UN-Resolutionen und des Völkerrechts durch die Annexion palästinensischer Gebiete diese in vom israelischen Militär kontrollierte „Bantustans“ umwandelt, nicht ablehnen. Außenminister Schallenberg erklärte bei seinem jüngsten Besuch bei US-Außenminister Pompeo, „dass der US-Plan als ernsthaftes Angebot für eine Wiederherstellung des Nahost-Friedensprozesses gesehen werden (sollte)“⁷

Hält die „Komplementärregierung“ ?

Die nächsten Wochen und vor allem die Ergebnisse der Budgetverhandlungen werden zeigen, ob die harte Linie von Kurz gegenüber einem Koalitionspartner, dem die Regierungserfahrung fehlt, dessen Kabinette in den Ministerien zum Teil noch nur zur Hälfte besetzt sind und der in der Kritik an den ständigen Untergriffen der Türken sehr oft viel zu zurückhaltend reagiert, fortgeführt werden wird. Was an politischen Kosten würde es für den „Flexi-Kanzler“ („Der Spiegel“) bedeuten, wenn schon die dritte von ihm mitgestaltete oder angeführte Regierung nach kurzer Zeit implodiert? Das wird er, der sich als Vorreiter eines neuen europäischen konservativ-grünen Regierungsmodells selbstbelobt, wohl zu bedenken haben. Wird Kurz also auf eine kooperative Linie mit den Grünen einschwenken? Welche Alternativen gäbe es denn? Die FPÖ befindet sich in einem Prozess der Selbsterstörung⁸ und hat sich wohl für längere Zeit als Regierungspartners aus dem Spiel gebracht. Die SPÖ steht nicht bereit und ist für Kurz & Co wohl indiskutabel, mit den NEOS oder allein ist nach derzeitiger Wahlarithmetik keine Regierung zu machen. Allerdings läge es an den Grünen, ihr politisches Gewicht angesichts fehlender alternativer Regierungspartner für Kurz stärker zur Geltung zu bringen und Kurz vor allem in den Budgetverhandlungen zu konkreten Zugeständnissen zu veranlassen: zu ausreichenden Dotierungen der „Leuchtturmprojekte“ der Grünen in der Klima- und Umweltpolitik, des Justizsektors und für andere Zielsetzungen und Forderungen der Grünen wie der Anhebung der völlig blamablen Solidarleistungen Österreichs in der Entwicklungszusammenarbeit und in den UN-Flüchtlingsprogrammen. Dann würden die Chancen für ein gelingendes positives Miteinander-Regieren schon besser aussehen.



Dr. Helmut Kramer, em. Univ. Prof. für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

E-Mail: Helmut.Kramer@univie.ac.at.

⁵ Umweltprogramm von Kommissionspräsidentin von der Leyen zu rapen begann: „Wir brauchen Klima-Cash gegen den Klima-Crash“ (zitiert in Profil 19.1.20). Deutlich kritisch zur Position von Kurz äußerte sich auch der wohl prominenteste ÖVP-Europa-Parlamentarier Othmar Karas.

⁵ Die Presse 9.2.20.

⁶ Kurier 4.2.20.

⁷ Kurier 6.2.20.

⁸ „Der Hund, dem man einen Maulkorb anlegt, bellt mit dem Hintern“ (Heinrich Heine).